

Zusammenfassung der Interview-Resultate

Im Folgenden werden die Ergebnisse der 7 ausgewerteten Interviews dargestellt. Anhand der ausgewerteten Kategorien werden die wichtigsten Aussagen festgehalten und mit einzelnen Zitaten untermauert.

Ernährung: Die Ergebnisse machen deutlich, dass sich alle sieben Befragten keine gesunde Ernährung leisten können. Sie essen Billig- und Fertigprodukte, da Frischprodukte nicht erschwinglich sind. Auch können sie sich nicht ausreichend Nahrung kaufen, so dass sie einige Tage im Monat oft gar kein Essen zur Verfügung haben. Dazu sagte Interviewpartnerin 9: „Seit 8 Tagen ist mein Kühlschrank leer. Wo ist mein Essen bitte schön? Ich kann mich da erstmal an Gott wenden.“ Zudem sind sie ständig auf der Suche nach Sonderangeboten, was mit viel Stress verbunden ist. So sagt Interviewpartnerin 9: „Ich ging zu Lidl, ich habe die Sachen so ängstlich genommen, die Leute in der Filiale haben gedacht, ich klaue was!“ Alle Gesprächspartner sind auf Hilfsangebote (z.B. Suppenküchen), Geld leihen oder gar auf das Durchsuchen von Containern angewiesen.

Psychische Befindlichkeit: Weiter leiden alle Betroffenen aufgrund des Geldmangels an psychischen Belastungen wie depressiven Verstimmungen, Verzweiflung, Dauerstress, Ohnmachtsgefühlen und Existenzängsten. Interviewpartner 7 äußert: „Mit diesem wenigen Geld kann man leicht verzweifeln, da kann man schon auch mal durchdrehen, da kann man Panik bekommen.“ Weiter werden auch Persönlichkeitsveränderungen benannt. Interviewpartnerin 8 sagt hierzu: „Ich war kreativ, ich war unternehmungslustig und begabt in vielerlei Hinsicht. Vier Jahre Hartz IV haben gereicht [um dies zu zerstören]. Ich kenn mich so gar nicht.“ Auch Suizidgedanken werden erwähnt: So erklärt Interviewpartner 2: „Man erkennt sich selber auf einmal nicht wieder. Dann fällt man in dieses Loch [...]. Man hat auch oft schon mit dem Gedanken gespielt ‚Feierabend, vorbei, keine Lust mehr‘.“

Physische Gesundheit: Auch die physische Gesundheit ist bei allen Interviewten beeinträchtigt, die durch die ungesunde Ernährung und den eingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung ausgelöst oder mindestens verschlechtert wird. Aufgrund der nicht erschwinglichen Praxisgebühr, Eigenbeteiligung bei Medikamenten und Vorsorgeuntersuchungen halten die Betroffenen Schmerzen aus, verschieben oder verzichten vollständig auf eine Behandlung. Interviewpartner 1 erklärt: „Ich müsste seit Wochen einen Asthmaspray geholt haben aber die 10 Euro plus die 5 Euro, das ist alles Irrsinn.“ Als Interviewpartnerin 8 ein noch unerkanntes Hämatom im Gehirn hatte und die Symptome bemerkte, hat sie folgendermaßen reagiert: „Ich habe den Notarzt gerufen, weil zum normalen Arzt konnte ich zu diesem Zeitpunkt nicht, weil ich hab kein Geld dafür gehabt.“ Interviewpartnerin 9 erklärt: „Zum Beispiel bekomme ich seit 10 Tagen keine Luft. Es wurde vom Arzt eine Bronchitis festgestellt. Ich habe aber kein Geld [um mir die Medikamente zu kaufen].“

Kleidung: Auch die angemessene Kleidung ist für alle sieben InterviewpartnerInnen ein Problem. Es kann sich kaum jemand neuwertige Kleidung leisten. Alle Befragten sind auf Angebote wie Flohmärkte oder Kleiderkammern angewiesen. Interviewpartnerin 5 sagt hierzu: „Ich kann mir NICHTS leisten! Zum Beispiel mit den Kleidern, wissen Sie. Das kann ich mir nicht leisten. Ich geh in die Kleiderkammern um mich zu bekleiden.“ Interviewpartnerin 3 sucht sogar nach auf der Strasse liegenden Kleidungsstücken.

Wohnen: Weiter haben die Befragten nur das Nötigste an Wohnausstattung, was sie bei Flohmärkten oder beim Sperrmüll besorgt haben. Ihre ggf. renovierungsbedürftigen Wohnungen können sie nicht instand setzen und defekte Einrichtungsgegenstände können nicht ersetzt werden. Interviewpartnerin 9 sagte in diesem Zusammenhang: „Ich habe meinen Fernseher seit 13 Jahren und jetzt ist er kaputt [...]. Also soll ich hier als kranker Mensch sitzen und an die Wand starren? Das ist alles keine Gerechtigkeit. Ja wirklich, sehr bitter und traurig.“ Und Interviewpartnerin 5 sagt über die Anschaffung einer neuen Waschmaschine: „Was soll ich denn tun? So was kann ich mir wirklich nicht leisten. Dann muss ich wirklich im Lotto gewinnen, dann kann ich mir eine neue kaufen.“ Zudem müssen alle GesprächspartnerInnen bei den Nebenkosten sparen und sind beim Waschen, Heizen, Duschen und bei der Benutzung des Lichts stark eingeschränkt.

Freizeit und kulturelle Teilhabe: Ähnlich sieht es bei der Freizeit und der kulturellen Teilhabe aus. Die meisten der InterviewpartnerInnen können sich keine Veranstaltung, kein Eintrittsgeld geschweige denn ein Hobby nach Wahl leisten. So sagt Interviewpartner 7: „Irgendwann hat man ja auch mal die Schnauze voll, man will mal kurz raus. Man kann ja nicht immer nur zuhause sitzen [...]. Also ich mein da sitzt man ja auch da und das jeden Tag oder Monat für Monat.“ Ermäßigte Eintritte wirken sich oft problematisch auf das Selbstwertgefühl aus. Interviewpartner 1 sagt hierzu: „[...] oder in den Tierpark gehen. Da gibt es ja auch Ermäßigung. Da darf man dann immer schön seinen Hartz IV-Bescheid mitnehmen, was auch ein Stigma ist und wirklich auch diffamierend und ekelhaft genau genommen fürs Selbstwertgefühl.“

Mobilität: Freizeitbeschäftigungen und kulturelle Teilhabe scheitern oft schon an der eingeschränkten Mobilität, da sich die meisten Befragten keine Tickets der BVG leisten können. So sagt Interviewpartnerin 8: „Wenn man eingeladen wird zum Essen oder ins Kino oder irgendwo mitzugehen und man fängt schon an zu überlegen wie man die U-Bahn bezahlen soll [...]. Das ist illusorisch! [...] Sich von anderen Menschen zurückziehen zu müssen weil man an nichts mehr teilnehmen kann, bringt eine Isolation, die wirklich schwer zu verkraften ist.“ Für diejenigen die sich eine Monatskarte leisten, wirkt sich dies drastisch auf andere wichtige Lebensbereiche aus. Für die Befragten ist ein eigenes *intaktes* Fahrzeug wie ein Fahrrad nicht erschwinglich. Interviewpartner 2 meint hierzu: „Manchmal hat man das Glück, dass ein Bekannter Ersatzteile zu liegen hat. [...] Ich fahre jetzt ein halbes Jahr ohne Bremsen.“

Soziales Umfeld und Familie: Unterstützung erhalten viele Interviewte durch ihr soziales Umfeld, dies jedoch eher im emotionalen und nicht im finanziellen Sinne, da der Bekanntenkreis meist ebenfalls aus ALG II-EmpfängerInnen besteht. Es wird vereinzelt jedoch auch von Rückzug aus dem sozialen Umfeld aufgrund von Schamgefühlen und von sozialer Isolation gesprochen. Interviewpartner 2 sagt in diesem Zusammenhang: „Wenn die merken, das dauert zu lange, also man ist lange Hartz IV, dann fangen sie an sich abzuschotten, aus Angst davor, dass man sie mit runterzieht. [...]. Die denken automatisch, man sei ein fauler Hund, [...]. Dabei gehe ich jeden Tag arbeiten.“

Arbeitssituation: Die Interviewten haben unterschiedliche Arbeitsbiografien und ein unterschiedliches Niveau an Bildung. Auch sind nicht mehr alle Befragten arbeitsfähig. Interviewpartnerin 9, die unter Osteoporose leidet, sagt: „Wegen meinem Gesundheitszustand bin ich nicht in der Lage zu arbeiten. Ich möchte arbeiten. Ich

habe 40 Jahre lang gearbeitet und reichlich Steuern bezahlt. [...] Und jetzt habe ich in meinem Kopf: Was soll ich essen? Der Kühlschrank ist leer, weil ich mit dem Geld Medikamente kaufen muss. [...] Das ist eine große Ungerechtigkeit.“ Bei den arbeitsfähigen Gesprächspartnern ist der Wunsch dominant, nach einer sinnstiftenden und den eigenen Fähigkeiten entsprechenden Tätigkeit im ersten Arbeitsmarkt. Neben der Hoffnung auf eine berufliche Perspektive sprechen die Betroffenen von Resignation, Zukunftsängsten und im Zusammenhang der MAE-Massnahmen (also 1-Euro-Jobs) auch von Ausbeutung. Interviewpartner 2 sagt: „Ich fühle mich nicht wirklich wie ein Arbeitsloser, aber ich merke es halt an der Kasse. Ich gehe arbeiten, wie jeder normale Mensch auch, aber bei Hartz IV, [...] Billigsklaven halt.“

Jobcenter:

Umgang, Auflagen, Regelungen und Gesetze:

Es fühlt sich kaum jemand von den Jobcenter-Mitarbeiterinnen kompetent beraten und unterstützt. Allgemein kann gesagt werden, dass die Befragten die Strukturen des Jobcenters und den Umgang der Jobcenter-MitarbeiterInnen fast ausnahmslos als negativ und sehr belastend bewerten. So nimmt die Beantwortung der Briefe und Anträge der Betroffenen zu viel Zeit in Anspruch oder sie werden, auch nach mehrmaliger Aufforderung, überhaupt nicht beantwortet. Zudem werden viele Unterlagen mehrmals angefordert, weil sie angeblich nicht eingetroffen oder nicht mehr auffindbar sind. Auch problematisieren die Befragten den häufigen Wechsel der zuständigen SachbearbeiterInnen, bedingt durch ein internes Rotationssystem. Dadurch haben die ALG II-EmpfängerInnen keine AnsprechpartnerInnen und erhalten z. T. widersprüchliche und verwirrende Aufforderungen. „Beim Jobcenter hat man das Gefühl, man rennt dauernd gegen eine Gumm wand“, beschreibt Interviewpartnerin 8. Zudem sind die MitarbeiterInnen auch telefonisch nicht erreichbar und versenden unpersönliche und vorgedruckte Briefe, die immer eine Kürzungsandrohung enthalten. Interviewpartnerin 8 sagt hierzu: „Auf einmal von Ämtern und Behörden so entwürdigt zu werden, darauf war ich in keiner Weise vorbereitet. [...] Ich hab das so persönlich genommen obwohl das ein vorgefertigter Brief war. Es war jedes Mal ein Angriff auf den Wert des Menschen an sich. Es war plötzlich, als würde ich in einem anderen Land leben.“

Auch wird seitens der Betroffenen gesagt, dass sie nicht über ihre Rechte aufgeklärt wurden und viele Berechnungsfehler und Fehlentscheidungen seitens des Jobcenters vorkommen. Weiter sind sie dem Willen bzw. Unwillen der einzelnen MitarbeiterInnen ausgesetzt. Letzterer kann auch in einem persönlichen Angriff oder in einer Beleidigung seitens der MitarbeiterInnen münden. Im Interview 9 wird folgende Situation erwähnt: „Ich bin mit den Nerven fertig. Seit einem Jahr werde ich da ausgelacht. Er gibt mir einen Termin, sitzt in ein anderes Zimmer und sagt, er hat mir keinen Termin gegeben. Dann sage ich: ‚Ich habe doch einen Terminzettel in der Hand!‘ Dann sagt er: ‚Ne ich bin in Urlaub.‘ Und dann habe ich gesagt: ‚Wo sind Sie in Urlaub?! Zuerst sind Sie in dem einen Zimmer und dann gehen Sie ins andere Zimmer und sind dort in Urlaub?!‘“. Die Befragten bezeichnen den Umgang der Jobcenter-MitarbeiterInnen allgemein als unmenschlich, herablassend, entwürdigend, unzuverlässig, niveaulos und willkürlich. Dies wiederum löst Stress, Angst, Orientierungslosigkeit und Resignation aber auch Wut und Aggression aus. Die Angst vor Sanktionen (Kürzungen) steht dabei im Vordergrund. Interviewpartner 2 beschreibt: „Man wird wehrlos, man traut sich nicht mehr zu wehren.“

Auch durch die ständigen Arbeitsaufforderungen, den damit verbundenen Kürzungsandrohungen und dem Zwang zur Aufnahme von schlecht bezahlten Arbeitsmaßnahmen wird Druck ausgeübt. Diese werden als nicht hilfreich für eine Integration in

den ersten Arbeitsmarkt beschrieben. Weiter werden drohende Zwangsumzüge genannt, die ebenfalls existenzbedrohend wirken. Interviewpartnerin 9 erklärt: „Eine Wohnung darf bis zu 360 kosten. Meine Wohnung kostet mittlerweile 390 Warmmiete. Wegen 30 Euro haben die mich so terrorisiert. Die haben meine Gesundheit terrorisiert. Jedes Mal wenn ich vom Jobcenter raus bin ist mein Blutdruck hoch, mein Zucker hoch, da bin ich umgekippt auf der Strasse.“

Nutzung von Unterstützungsangeboten: Da die Probleme im Zusammenhang mit dem Jobcenter für die Betroffenen nicht mehr zu bewältigen sind, nehmen fast alle der Befragten Hilfsangebote wie soziale Beratungsstellen oder vereinzelt auch Anwälte in Anspruch. Interviewpartnerin 5 sagt: „Man muss Hilfe kriegen, sonst geht das überhaupt nicht. Man braucht Unterstützung.“

Eigener Status und Kritik an der hiesigen Politik: Die Ursache ihrer prekären Lage sehen alle Interviewten in der hiesigen Politik. Sie fühlen sich im Stich gelassen und verraten, da ihre Anliegen und Interessen nicht vertreten werden und sie die politische Linie als brutal empfinden. Das Geld wird laut den Befragten so ungerecht verteilt, dass die Reichen immer reicher und die Armen ihrer Existenzgrundlage beraubt werden. Interviewpartner 7 sagt: „Wenn man eine Million hat, kriegt man noch eine Million dazu, wenn wir jetzt mal von den Oberen reden. Und wenn man gar nichts hat, wollen sie einem das auch noch nehmen.“ Interviewpartnerin 9 drückt sich noch schärfer aus: „Die armen Menschen sollen weg, sterben. Und die Reichen sollen leben.“

Viele leiden unter dem Stigma selbstverschuldete und faule Arbeitslose zu sein und fühlen sich in irgendeiner Form als Menschen zweiter Klasse. Interviewpartnerin 3 stößt sich diesbezüglich an den diffamierenden Äußerungen von Politikern Medienberichten und sagt: „Das löst in mir Wut und Hass aus. [...] Und das ist echt schlimm, weil ich hasse Gewalt. Und wenn in mir Gewaltfantasien entstehen, das ist ganz schlimm. Weil das ist irgendwie ein Gradmesser für wie menschenverachtend das ist.“ Die Befragten wünschen sich von den PolitikerInnen mehr Verständnis und Empathie, eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation und eine gerechtere Umverteilung, sprich eine Erhöhung des Regelsatzes. Unter den jetzigen Umständen nämlich, äußern die Interviewten so gut wie keine Perspektiven für die Zukunft zu haben.

Finanzen: Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass laut allen sieben Befragten der Regelsatz (mit oder ohne Zusatzverdienst) nicht zum Leben reicht. Viele haben über einen längeren Zeitraum im Monat überhaupt kein Geld mehr zur Verfügung. Alle sind aus diesem Grunde verschuldet und können sich nichts ansparen. Dazu sagt Interviewpartnerin 3: „Ich möchte einfach nicht mit dem Gefühl dastehen, dass ich mit durchgeschliffen werde. Also dann ziehe ich es wirklich traurigerweise vor, [...] irgendwann kriminell dazustehen.“ Entscheiden sie sich in einem Lebensbereich das existentiell Notwendige zu kaufen (z.B. Medikamente) wirkt sich das sofort zu deren Ungunsten auf andere Bereiche (wie Ernährung) aus, für die sowieso schon ohne diesen Einschnitt zu wenig Geld da wäre. Aufgrund dessen nehmen viele der Interviewten vergünstigte oder unentgeltliche Hilfsangebote im Bereich Ernährung, Kleidung oder Freizeit an, was jedoch meist mit großer Unzufriedenheit, Frustration, Scham und sogar Demütigung verknüpft ist. Interviewpartnerin 8 sagt hierzu: „Man muss aufpassen, was man mit sich machen lässt und wie tief man sich selber sinken lässt. Ich wäre lieber jemand der die Tafeln unterstützen kann, als jemand der als Bittsteller erscheint. Ich kann mich in diesem Licht nicht auch noch sehen, [...] lieber würde ich verhungern.“

Wie aus dieser Zusammenfassung ersichtlich wird, lassen die Ergebnisse der Interviews keine klare Abgrenzung der drei Altersgruppen zu. Alle InterviewpartnerInnen befinden sich in einer ähnlich prekären Lage. Aufgefallen ist jedoch, dass eine stark beeinträchtigte Gesundheit die existentielle Not der Betroffenen deutlich vergrößert. Dies betrifft vor allem die Altersgruppen mittleres und späteres Erwachsenenalter. Durch die Arztbesuche und/oder den Medikamentenkauf bleibt fast kein Geld mehr übrig, um den Alltag zu bestreiten. Durch die meist stark eingeschränkte Arbeitsfähigkeit können sie ihre Lage auch nicht durch eine MAE-Maßnahme („1-Euro-Job“) oder durch Schwarzarbeit verbessern. Trotz eines meist solidarischen und stabilen sozialen Netzwerkes leiden die Menschen in der Altersgruppe frühes Erwachsenenalter nicht minder an den gegebenen Umständen. Auch sie sind teilweise von Krankheiten betroffen. Vor allem aber aufgefallen ist, dass sie den ausgeprägten Wunsch haben, Perspektiven für die berufliche Zukunft und für weitere sinnstiftende Tätigkeiten zu schaffen, diese jedoch nach eigenen Angaben nicht erreichen können. Dabei sind sie sich ihres jungen Alters und der Tatsache bewusst, dass ihr Leben sozusagen noch vor ihnen liegt, was eine quälende Ohnmacht bezüglich der eigenen Lebensgestaltung auslöst.

Anhand unserer Analyse im Projektbericht konnte aufgezeigt werden, dass eine lange Reihe von biopsychosozialen Bedürfnissen der Betroffenen mindestens teilweise frustriert sind. Es handelt sich hierbei nicht um grenzenlose Luxuswünsche der Betroffenen, sondern um existentiell wichtige Güter. Dies kann an der Tatsache verdeutlicht werden, dass sich die Interviewten bescheiden äußern und eine verhältnismäßig geringfügige Erhöhung des Regelsatzes von 359 auf 500 Euro wünschen, um sich wenigstens Essen und Medikamente leisten zu können. Unserer Meinung nach ist die psychische und physische Gesundheit sowie die Arbeits- und Beziehungsfähigkeit dieser Menschen aufgrund der jetzigen Höhe des Regelsatzes, durch die herablassende Behandlung der Jobcenter-MitarbeiterInnen und die Umsetzung der Hartz-Gesetze beeinträchtigt oder mindestens gefährdet.